
| | | |
|---|------------------------------|---|
| 1 | <u>Antrag 1:</u> | Rechtssicherheit für Vertrauensurlaubs schaffen, moderne Arbeitsmodelle |
| 2 | | fördern! |
| 3 | <u>Antragsteller:</u> | Juso-Kreisverband Rhein-Neckar |
| 4 | <u>Empfänger:</u> | Landesparteitag |

5

6 **Die SPD Rhein-Neckar möge beschließen:**

7 Die SPD Rhein-Neckar fordern eine klare rechtliche Regelung für das moderne Urlaubskonzept
8 des Vertrauensurlaubs. Die sich daraus ergebende Rechtssicherheit wird es für Arbeitgeber*in-
9 nen und Arbeitnehmer*innen attraktiver machen, diese Urlaubsmodelle für ihre Unternehmen,
10 wo betrieblich möglich, einzuführen und dadurch Arbeitsmodelle zu fördern, die den heutigen
11 Anforderungen an gute Arbeit und die Vereinbarkeit von Privat- und Berufsleben besser gerecht
12 werden. Vertrauensurlaub ist hierbei definiert als zusätzlicher unbegrenzter Urlaub, welcher
13 über den gesetzlichen Mindesturlaub oder durch betriebliche oder tarifliche Vereinbarungen ge-
14 schlossenen Jahresurlaub hinausgeht. Dieser Mindesturlaub darf auch durch Vertrauensurlaub
15 nicht unterschritten werden. Des Weiteren endet Vertrauensurlaub mit der Beendigung des Ar-
16 beitsverhältnisses und verfällt jeweils mit Ende des Kalenderjahres. Bei der Einführung des Ver-
17 trauensurlaub ist weiterhin die Mitwirkung des Betriebsrates zwingend erforderlich.

18

19 **Begründung:**

20 Arbeitnehmer*innen haben heutzutage grundlegend andere Ansprüche an ihre Arbeitsverhält-
21 nisse und Arbeitsmodelle im Vergleich zu früher. Insbesondere die Vereinbarkeit von Privat- und
22 Berufsleben stellt einen immer wichtigeren Aspekt bei der Suche nach einem geeigneten Ar-
23 beitsplatz dar. Durch die Einführung von Vertrauensurlaub ermöglichen Betriebe ihren Mitarbei-
24 ter*innen eine flexiblere Gestaltung ihres Erholungsurlaubs und wirkt möglichen Überlastungen
25 vor. Durch die derzeit fehlenden gesetzlichen Regelungen zum Vertrauensurlaub ist dieses Ur-
26 laubskonzept jedoch mit großer Rechtsunsicherheit, sowohl für Arbeitnehmende als auch Ar-
27 beitgebende, verbunden. Dies sorgt dafür, dass viele Betriebe mit diesem Urlaubskonzept ent-
28 weder nicht vertraut sind oder dies aufgrund der Notwendigkeit, umfangreiche Absicherungen
29 in Arbeitsverträge einzubauen, nicht in Erwägung ziehen. Durch eine klare rechtliche Regelung
30 würde der Gesetzgeber klare Mindeststandards für die Einführung von Vertrauensurlaub defi-
31 nieren und dieses Urlaubsmodell als zusätzliche Möglichkeit des Erholungsurlaubs für Unter-
32 nehmen in Deutschland klar benennen. Für Arbeitnehmer*innen stellt der Vertrauensurlaub
33 eine deutliche Verbesserung zum derzeit vorherrschenden Standard des gedeckelten Urlaubsan-
34 spruches dar, da der Vertrauensurlaub deutlich kompatibler mit den unterschiedlichsten moder-
35 nen Lebensentwürfen ist und individuelle Bedürfnisse an den Erholungsurlaub berücksichtigt.
36 Weiterhin stellt der Vertrauensurlaub einen wichtigen Beitrag zur Vereinbarkeit von Familie und
37 Beruf dar, indem er für Entlastung bei angespannten Betreuungssituationen bei insbesondere
38 kleinen Kindern sorgen kann. Der Vertrauensurlaub ist aber natürlich kein Allheilmittel, um das
39 Arbeitsrecht im Sinne der heutigen Ansprüche an gute Arbeit zu modernisieren; er ist jedoch ein
40 wichtiger Baustein, um Privat- und Berufsleben besser in Einklang miteinander zu bringen und
41 das Arbeitsrecht im Sinne der Ansprüche von Arbeitnehmer*innen im 21. Jahrhundert zu er-
42 weitern.

| | | |
|----|-----------------------|--|
| 43 | Antrag 2: | Kostenlose Menstruationsprodukte in öffentlichen Einrichtungen des |
| 44 | | Rhein-Neckar-Kreises |
| 45 | Antragsteller: | Jusos Rhein-Neckar |
| 46 | Empfänger: | SPD-Kreistagsfraktion Rhein-Neckar |
| 47 | | |

Die SPD Rhein-Neckar möge beschließen:

48 Die Jusos Rhein-Neckar und die SPD Rhein-Neckar fordern kostenlose Menstruationshygieneartikel in öffentlichen Einrichtungen des Rhein-Neckar-Kreises, um menstruierende Personen vor
49 Periodenarmut zu schützen.
50

51 Durch das Bereitstellen von Menstruationshygiene-Produkten sollen menstruierende Personen
52 finanziell entlastet werden. Des Weiteren kann dadurch auch zur Enttabuisierung der Menstruation
53 beigetragen werden. Die SPD-Kreistagsfraktion und die Gemeinderatsfraktionen des
54 Rhein-Neckar-Kreises sollen sich mit dem Thema beschäftigen und entsprechende Anträge in
55 den Räten zur Umsetzung erarbeiten.
56

Begründung:

57
58 Seit Jahren wächst die Zahl der von Armut gefährdeten Bürger*innen, die derzeitige Inflation
59 kommt erschwerend hinzu. Bürger*innen, die das Bürgergeld beziehen, stehen im Monat 19,16 €
60 für Gesundheitspflege zur Verfügung. Das Geld ist u.a. für Seife, Shampoo, Zahnpasta usw. vorgesehen,
61 Mädchen und Frauen müssen davon zusätzlich Menstruationshygieneartikel bezahlen.
62 Im Schnitt kosten Menstruationshygieneartikel pro Monat ca. 5 €, das entspricht 25% des vorgesehenen
63 Budgets. Bürger*innen müssen an dieser Stelle finanziell entlastet werden.
64

65 Es zeichnet sich ab, woher der Begriff Periodenarmut kommt, er hat nichts mit dem Ausbleiben
66 der Periode zu tun. Vielmehr gibt der Begriff Periodenarmut einem tabuisierten Thema einen
67 eigenen Namen und macht es auf diese Weise greifbar.

68 In Umfragen geben Mädchen und Frauen an, das Wechseln der Hygieneartikel hinauszuzögern,
69 um weniger Produkte verwenden zu müssen. Durch längeres Benutzen der Hygieneartikel steigt
70 das Infektionsrisiko. Menschen, die in Armut leben, sind ohnehin einem erhöhten Risiko ausgesetzt,
71 schneller krank zu werden, chronisch krank zu werden oder sich langsamer von einer Erkrankung
72 zu erholen als Menschen, die nicht in Armut leben. Das Bereitstellen von Menstruationshygieneartikel
73 in öffentlichen Einrichtungen soll helfen, Erkrankungen vorzubeugen.

74 Des Weiteren geben Mädchen und junge Frauen zwischen 16-24 Jahren (86%) an, zu wenig Geld
75 für Menstruationshygieneartikel zur Verfügung zu haben. Demnach sind besonders junge
76 Frauen einem erhöhten Risiko ausgesetzt, von Periodenarmut betroffen zu sein. Um menstruierende
77 Personen zu unterstützen, sollen in öffentlichen Einrichtungen Menstruationshygiene Artikel
78 kostenlos bereitgestellt werden, wie es seit August 2022 bspw. in Schottland der Fall ist. In
79 Deutschland gibt es mittlerweile auch in einigen Universitäten und Schulen eine kostenlose Versorgung
80 durch Menstruationshygieneartikel. Des Weiteren gaben 20% der Befragten an, dass sie
81 beim Einsetzen der ersten Blutung weder Tampons noch Binden zur Verfügung hatten. Immerhin
82 20% der Befragten gaben sogar an, dass sie nicht einmal wussten, was mit ihrem Körper passiert.
83 Jungen Mädchen und jungen Frauen fehlt nicht nur der Zugang zu grundlegenden Hygieneartikeln,
84 sondern auch das Wissen über ihren eigenen Körper.

85 Mit bereitgestellten Hygieneartikeln wird eine Enttabuisierung der Menstruation erzielt.

86 Nicht nur in großen Universitätsstädten, sondern auch hier im Rhein-Neckar-Kreis müssen wir
87 dieses Thema vorantreiben und menstruierende Frauen (finanziell) unterstützen.